

979 /J

18. Juni 2007

Anfrage

der Abgeordneten Strache, ~~Dr. Fichtenbauer~~, Dr. Bösch
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Kosten für das Militärattachéwesen in Berlin und Brüssel

Während die Mittel für die Aufgabenerfüllung des Bundesheeres im Inneren laufend geringer werden, steigen die Budgetansätze im Auslandsbereich, nicht zuletzt auch bei den Repräsentationen.

In Berlin–Grunewald wurde 2004 ein sehr repräsentatives Seegrundstück zur Errichtung eines Hauses für den Militärattaché beschafft. Die anschließende Ausschreibung gewann ein sehr aufwändiger Vorschlag, Gesamtkosten für die Errichtung nach Kurier vom 9. Mai 2005 mindestens eine Million €, der jedoch bisher noch nicht umgesetzt wurde. Der Attaché wohnt weiterhin seit nunmehr über 2 Jahren in einem angemieteten Objekt und das Baugrundstück liegt brach. Es entstehen unnötige Mehrfachkosten.

In Brüssel wurde 2004 die Beschaffung einer neuen Residenz für den Leiter der Militärmission eingeleitet. Die Gesamtkosten nur für die Beschaffung sollen rund 1,8 Mio. Euro betragen haben. Das Gebäude soll über einen Park – angeblich ca. 1600m², Garagen, ein Gärtnerhaus, ein Pool-Haus mit unterirdischem Zugang, sowie über einen Wellnessbereich, u.a. mit Sauna, Jacuzzi und Dampfbad verfügen.

Die Ausschreibung des Objektes Berlin erfolgte sogar in einer Art Ausstellung im Eingangsbereich des Amtsgebäudes ROSSAU. Sie wurde nach Medienberichten aber rasch entfernt. Die Residenz in Brüssel soll überhaupt in einem, für das BMLV unüblichen Schnellverfahren abgehandelt worden sein.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung folgende

Anfrage:

1. Gab es in Berlin auch andere, preisgünstigere geeignete Objekte?
2. Wenn ja, welche (Preisvergleich)?
3. Warum wurde diese Lösung gewählt?
4. Wie ist der Baufortschritt?
5. Wann soll der Einzug erfolgen?
6. Welche Dienststelle im BMLV ist jetzt verantwortlich für solche Entscheidungen?
7. Gab es Einwände der zuständigen Dienststellen gegen diese Lösung?
8. Was war ausschlaggebend für diese Entscheidungen?
9. Wie groß ist das Grundstück?
10. Wie groß ist die bebaute Fläche?

